



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.

95/2015

Kiel, 19. Juni 2015

Flüchtlingsbeauftragter und DRK sind sich einig: Aufnahme von Flüchtlingen ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Kiel (SHL) – Anlässlich des morgigen Weltflüchtlingstages (20. Juni) fordern der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes, Stefan Schmidt, und DRK-Landesverband Schleswig-Holstein konkrete Verbesserungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

„Deutschland tut bereits viel für Schutzsuchende aus Krisenregionen, insbesondere das ehrenamtliche Engagement ist beeindruckend“, lobte der Sprecher des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Torsten Geerds, heute in Kiel. Angesichts der fast 12 Millionen Syrer, die auf der Flucht seien, müsse aber darüber nachgedacht werden, neben den bis dato beschlossenen Kontingenten von insgesamt 20.000 aufzunehmenden Schutzsuchenden weitere legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. „Der Familiennachzug muss großzügiger und unbürokratischer gestaltet werden“, so Geerds.

Diese Forderung unterstützte auch Schmidt, der neben klassischen Instrumenten wie Aufnahmekontingenten und Resettlementverfahren, insbesondere auf humanitäre Visa setzt. „Wenn die Schutzsuchenden nach Deutschland und hier Schleswig-Holstein gelangt sind, sollten sie auf eine Infrastruktur treffen, die eine Integration vom ersten Tag an ermöglicht“, sagte der Flüchtlingsbeauftragte. Hierzu gehörten nicht nur vollwertige Sprachkurseangebote für alle Asylsuchenden, sondern auch der Zugang zu professioneller Verfahrensberatung und eine dauerhafte Sicherung und personelle Aufstockung der Migrationssozialberatung im Land.

Schmidt betonte, dass insbesondere die Kommunen in der Verantwortung seien, die Eingliederung der geflohenen Menschen voranzubringen. „Dort muss nicht nur angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt, sondern auch Betreuungs- und Integrationskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden“, so Schmidt.

„Die Unterstützung der Kommunen ist auch bei der Planung und Einrichtung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen in Eggebek, Lübeck, Kiel und Flensburg erforderlich“, sagte Geerds. Vom Gesetzgeber in Berlin fordern DRK-Landesverband und Flüchtlingsbeauftragter eine Änderung der Rechtslage, damit Flüchtlinge noch schneller einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

Geerds und Schmidt warben dafür, nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen zu unterscheiden, sondern allen Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren zu garantieren und Zugang zu den Integrationsangeboten im Land zu ermöglichen.

Pressekontakt DRK-Landesverband Schleswig-Holstein

Ulrike Holznagel

T. (0431) 5707-111

Klaus-Groth-Platz 1, 24105 Kiel

E-Mail: ulrike.holznagel@drk-sh.de | www.drk-sh.de